

Interpellation FDP-Fraktion vom 17. Februar 2020

## Spitalfinanzen: Es ist fünf nach zwölf

Schriftliche Antwort der Regierung vom 24. März 2020

Die FDP-Fraktion stellt in ihrer Interpellation vom 17. Februar 2020 verschiedene Fragen zu den qualitativen und finanziellen Herausforderungen der Spitalverbunde.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Der Verwaltungsrat der Spitalverbunde hat anlässlich seiner vorgezogenen Medienkonferenz über die Ergebnisse 2019 und die Budgets 2020 orientiert. Im Jahr 2019 haben alle vier Verbunde einen Verlust erwirtschaftet (konsolidiert beträgt das Defizit rund 20 Mio. Franken). Für das Jahr 2020 erwarten die vier Spitalverbunde ein konsolidiertes Defizit von rund 35 Mio. Franken.

Zu den einzelnen Fragen:

- 1./2. Die St.Galler Spitalverbunde weisen aktuell eine gute Versorgungsqualität aus. In den heute geltenden Qualitätsmessungen (z.B. SanaCERT) erfüllen die Spitalstandorte qualitative Standards, halten die Zertifizierungsvorgaben ein und erreichen gute Ergebnisse. Verschiedene Trends im Gesundheitswesen zwingen die Spitäler aber schweizweit, ihre Strukturen anzupassen.

Die Versorgungsqualität steht in enger Abhängigkeit zu minimalen Fallzahlen in der Leistungserbringung. Der Zusammenhang zwischen höheren Fallzahlen und besserem «Outcome» ist in internationalen Studien gut dokumentiert. Im Kanton Zürich zeigte beispielsweise eine Analyse, dass die Mortalität bei Behandlungen in Spitalleistungsgruppen (SPLG) mit Vorgaben zu Mindestfallzahlen seit dem Jahr 2012 mehr als doppelt so stark gesunken ist wie in solchen ohne Mindestfallzahlen.

- 3./4. Der Aufgaben- und Finanzplan (AFP) 2021–2023 vom 17. Dezember 2019 (33.20.04) basiert auf der Vernehmlassungsvorlage der Regierung vom 22. Oktober 2019 zur Weiterentwicklung der Strategie der St.Galler Spitalverbunde. Die Vernehmlassungsvorlage sah nebst der Erhöhung der Mittel für gemeinwirtschaftliche Leistungen (20 Mio. Franken bis zum Jahr 2027) einen Sanierungsbeitrag von 70 Mio. Franken für die Spitalregion Fürstenland Toggenburg vor. Weitere Umschuldungsmassnahmen sind im AFP 2021–2023 nicht enthalten.

Die Regierung verabschiedete am 24. Februar 2020 die Vorlage zur Weiterentwicklung der Strategie der St.Galler Spitalverbunde (22.20.02 und weitere). Gemäss dieser Vorlage benötigt die Spitalregion Rheintal Werdenberg Sarganserland neu einen Sanierungsbeitrag von 32 Mio. Franken und die Spitalregion Fürstenland Toggenburg einen Sanierungsbeitrag von 56 Mio. Franken (statt bisher 70 Mio. Franken), damit jederzeit eine minimale Eigenkapitalquote von 15 Prozent je Spitalverbund garantiert ist.

5. Die Ausstattung der Spitalverbunde mit zusätzlichem Eigenkapital unterliegt – je nach Betrag und Art der Eigenkapitaleinlage (Bareinlage oder Umwandlung von Darlehen) – dem fakultativen oder obligatorischen Referendum. Werden jedoch Baudarlehen für Bauprojekte, denen das Stimmvolk zugestimmt hat, in Eigenkapital umgewandelt, genügt ein einfacher Kantonsratsbeschluss ohne fakultatives oder obligatorisches Referendum.

Ohne zusätzliches Eigenkapital kann den jeweiligen Spitalverbunden die Zahlungsunfähigkeit drohen, was wiederum eine Sanierung durch den Eigentümer notwendig machen würde.

6./7. Die Ergebnisse für das Jahr 2019 und die Budgets für das Jahr 2020 zeigen, dass die von der Regierung mit der Botschaft vom 24. Februar 2020 zur Weiterentwicklung der Strategie der St.Galler Spitalverbunde vorgeschlagenen Strukturanpassungen notwendig sind. Nach der Verabschiedung der Vorlage durch die Regierung wird sich nun der Kantonsrat mit den von der Regierung vorgeschlagenen Massnahmen auseinandersetzen. Sofortmassnahmen drängen sich nach Auffassung der Regierung nicht auf, auch wenn sich die Beratung der Vorlage verzögert. Im Vordergrund stehen momentan Massnahmen im Zusammenhang mit der Bedrohungslage aufgrund des Coronavirus.